

**Dringliche Interpellation SVP-Fraktion:
«Kanton St.Gallen muss beim Bund mehr Grenzschutz einfordern**

Die Situation an den Schweizer Grenzen verschlechtert sich zusehends. Gemäss dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) gab es bis Ende Juli 17'936 registrierte Fälle von rechtswidrigem Aufenthalt, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 18 Prozent bedeutet. Die Dunkelziffer wird wohl noch viel höher liegen. Diese Entwicklung dürfte auch dazu beigetragen haben, dass im Kanton St.Gallen in letzter Zeit eine zunehmende Zahl von Diebstählen, Autoaufbrüchen und Wohnungseinbrüchen zu verzeichnen ist.

Nur wenige der aufgegriffenen Personen stellen ein Asylgesuch in der Schweiz. Demzufolge nutzen viele dieser illegal Eingereisten die Schweiz als Durchgangsland, um in andere Länder zu gelangen. Mittlerweile kritisiert die deutsche Bundespolizei die Schweiz, sie fördere die unerlaubten Einreisen nach Deutschland, indem sie diese Personen einfach durchwinke, anstatt sie zurückzuweisen.

Andere Länder haben bereits Massnahmen getroffen, um die illegalen Migrationsbewegungen innerhalb des Schengenraums besser zu kontrollieren, darunter Deutschland, Dänemark, Frankreich, Norwegen, Österreich und Schweden. Dabei berufen sie sich auf den Schengener Grenzkodex, der in ausserordentlichen Situationen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen erlaubt.

Österreich hat eine weitere Massnahme getroffen, indem es gegenüber Italien und der Slowakei sogenannte Grenzraumkontrollen durchführt. In einem Streifen von 15 bis 30 Kilometern kann die österreichische Bundespolizei auch auf der anderen Seite der Grenze Migranten kontrollieren. Seither ist die Zahl der illegalen Einreisen nach Österreich markant zurückgegangen und zahlreiche Schlepper konnten festgenommen werden.

Die Schweiz hingegen unternimmt zu wenig gegen die Schleppermafia und toleriert den zunehmenden Kontrollverlust an der Grenze.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Auffassung, dass die zunehmende Zahl von illegal eingereisten Personen ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz darstellt?
2. Ist die Regierung bereit, direkt oder über die Konferenz der Kantonsregierungen beim Bund vorstellig zu werden mit dem Ziel, den Schengener Grenzkodex anzuwenden, um die temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu ermöglichen?
3. Könnte der Kanton St.Gallen mit dem Bundesland Vorarlberg auf bilateraler Ebene die Durchführung von Grenzraumkontrollen im Rahmen der bestehenden Verträge über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vereinbaren? »

18. September 2023

SVP-Fraktion